

LWL-KS-Newsletter

15. Jahrgang / Nr. 2
April 2017

Inhalt

- Nachrichten aus der LWL-Koordinationsstelle Sucht** **1**
- Europäisches Projekt „Localize it“ gestartet | Arbeitskreis „Sucht und Migration“ im Juni in Hagen | 3. Auflage des Handbuchs „Männlichkeiten und Sucht“ | Nächster Kurs „Hilfe, mein Kind pubertiert!“ im Mai | „Click for Support – REALized“ in Belgien gestartet | QuaSiE-Fachbeirat tagte zwei Tage lang in Dresden | Drogenbeauftragte besuchte bayerischen QuaSiE-Standort | Teilnehmende zum Abschluss zufrieden mit FreD Crystal/ATS | In der Balintgruppe Beratungssituationen reflektieren | Doris Sarrazin verlässt nach 16 Jahren DG-Sucht-Vorstand
- Nachrichten aus Westfalen-Lippe** **7**
- LWL-Dezernent warnt vor Risiken des neuen Maßregelrechts | Spielsüchtige können nicht selbst um Hausverbot bitten | Opiatabhängigkeit bleibt Beratungsschwerpunkt in Herford | Ein Drittel der Beratungen in Greven zu Cannabis | Ein Drittel der Studierenden in Paderborn nimmt Ritalin | Unternehmen will sich um Medizinalhanf-Anbau bewerben
- Sucht- und drogenpolitische Nachrichten aus NRW, Bund, Ausland** **10**
- Bundeskabinett ändert Regeln für Substitutionsbehandlungen | THC-Grenzwert in Nordrhein-Westfalen bleibt unverändert | Alkoholsucht in Sachsen immer öfter Problem von Senioren | Deutliche mehr Drogentote in Hamburg | Drogenbeauftragte will Tabak-Außenwerbung verbieten | MiMi-Gewaltpräventionsprojekt auch in Gütersloh | Sozialarbeit hat Einfluss auf Rückgang von HIV/AIDS | Essener Projekt „fair play“ jetzt auch „vernetzt“ | Erklärvideo warnt Geflüchtete vor Gefahren des Alkohols | Frauen nehmen seltener Suchtbehandlung in Anspruch | Suchtmittel-Konsum in Österreich geht zurück | Männer holen beim Medikamentenbrauch auf | Sucht Schweiz beklagt Stagnation auf hohem Niveau
- Ankündigungen und Veröffentlichungen** **16**
- Mediensuchtkonferenz fragt nach den Schnittstellen | Multiplikatorenkonferenzen zur Kommunalen Suchtprävention | Deutscher Suchtkongress 2017 findet in Lübeck statt | Lübecker Memorandum formuliert Suchthilfe-Vision | Fachtagung Glücksspielsucht zu Online-Glücksspielen | Neue Broschüre für Teilhabe älterer suchtkranker Menschen | Informationspapier zu Leistungen der medizinischen Reha | Kommunale Sozialplanung Schwerpunkt in Zeitschrift „Archiv“ | Jetzt noch Ballons für Aktion „Lass einen los“ bestellen | EMCDDA sucht neue Leitung für „Public Health“ | Impressum

Die in diesem Newsletter enthaltenen Internet-Links können angeklickt werden. Es öffnet sich dann der Internet-Browser und zeigt die entsprechende Seite an. Dazu muss eine Verbindung mit dem Internet bestehen.



Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Europäisches Projekt „Localize it“ gestartet

Münster ▪ Zum 1. April startete das auf 30 Monate angelegte europäische Projekt „Localize it“ bei der LWL-Koordinationsstelle Sucht (LWL-KS). Darin geht es um die Entwicklung lokaler Alkoholstrategien. Sieben verschiedene Settings der Alkoholprävention werden betrachtet: (1) Schulen, (2) Kinder aus suchtbelasteten Familien, (3) Alkohol im öffentlichen Raum, (4) Party-Szenen, Festivals (5), Handel und Gastronomie, (6) Flüchtlinge sowie (7) Alkohol im Straßenverkehr.

Beteiligt sind Einrichtungen aus Österreich, Belgien, Zypern, Tschechien, Deutschland, Griechenland, den Niederlanden, Luxemburg, Portugal und der Slowakei. Für Deutschland ist das Diakonische Werk Herford dabei. In den Partner-Ländern werden jeweils zwei ausgewählte Kommunen dabei unterstützt, maßgeschneiderte lokale Alkoholstrategien zu entwickeln und umzusetzen.

Hintergrund des Projektes ist die Annahme, dass Binge Drinking und übermäßiger Alkoholkonsum von Minderjährigen am besten durch Maßnahmen reduziert werden können, die dort ansetzen, wo der Konsum stattfindet: auf der lokalen Ebene. Deswegen sollten solche Vorhaben auch durch Behörden und Akteure durchgeführt werden, die vor Ort bekannt und vernetzt sind.

Das Projekt beginnt in allen Kommunen mit einem „Rapid Assessment and Response“ (RAR), mit dem ein Überblick über die Situation gewonnen werden soll. Zudem geht es darum, die lokalen Akteure und Beteiligten für das Problem zu sensibilisieren. In jeder Kommune wird ein Runder Tisch mit den Beteiligten gebildet. Anhand der RAR-Ergebnisse wählen sie eines der sieben Settings aus und erheben den Ist-Zustand sowie den Bedarf für den jeweiligen Bereich. Daraus leiten die Runden Tische wiederum einen Aktionsplan ab, der mindestens vier einzuleitende Maßnahmen enthalten sollte. Bei der Maßnahmenplanung können sich die Aktiven an Good-Practice-Beispielen orientieren.

Teil von „Localize it“ ist auch die Entwicklung eines Manuals. Dieses soll später dazu dienen, den im Projekt als effektiv evaluierten Ansätze in ganz Europa zu verbreiten. Das Manual wird den Prozess der lokalen Alkoholstrategie beschreiben, Instrumente und Tools zur Verfügung stellen sowie spezifische Handlungsorientierungen für die verschiedenen Settings liefern und diese mit Good-Practice-Beispielen verdeutlichen.

Die Prozess- und Ergebnisevaluation des Projektes übernimmt das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf.

Infolink

Sie haben Fragen zu „Localize it“? Dann wenden Sie sich an Projekt-Koordinatorin Rebekka Steffens (Tel.: 0251 591-5382).
rebekka.steffens@lwl.org

Arbeitskreis „Sucht und Migration“ im Juni in Hagen

Münster/Hagen ▪ Die nächste Sitzung des Arbeitskreises „Sucht und Migration“ findet statt am Montag, 12. Juni 2017. Tagungsort ist das Behandlungszentrum Deerth in Hagen.

Infolink

Das Thema der Sitzung wird noch bekanntgegeben.
Informationen dazu auf der Arbeitskreis-Internetseite:
<https://goo.gl/iDhNFf>

3. Auflage des Handbuchs „Männlichkeiten und Sucht“

Münster ▪ Der Themenbereich „Mann und Sucht“ ist fester Bestandteil der Arbeit der LWL-Koordinationsstelle Sucht (LWL-KS). Auch dieses Jahr wird das „Gesundheitsrisiko ‚Mann‘“ wieder ein Themenschwerpunkt der LWL-KS sein. Geplant ist, noch in der ersten Jahreshälfte das Projekt „Reine Männersache?“ zu starten.

Soeben wurde das Praxis-Handbuch „Männlichkeiten und Sucht“ in einer dritten, überarbeiteten Auflage veröffentlicht. Das Handbuch wurde erstmals 2006 als Handreichung für die männerspezifische Sucht- und Drogenarbeit herausgegeben. Die Anregung dazu kam vom Arbeitskreis Mann und Sucht, den die LWL-KS seit über einem Jahrzehnt ausrichtet.

Der dritten Auflage des Handbuchs liegt eine im Jahr 2014 durchgeführte Evaluierung des Handbuchs durch das Institut für Suchtforschung der Fachhochschule Frankfurt/Main zugrunde. Auf der Basis der Ergebnisse überarbeiteten die Autoren Prof. Dr. Heino Stöver und Dr. Arnulf Vosshagen die Inhalte.

Infolinks

Ein breites Informationsangebot zum Arbeitsbereich „Mann und Sucht“ finden Sie auf der Homepage
<http://www.maennersache-sucht.de>

Zur „Männersache Sucht“ hat die LWL-KS auch Themen-Plakate sowie Karten-Sets veröffentlicht. Das Set mit elf DIN-A2-Plakaten kostet 15 Euro. Zu jedem der elf Themen-Module können Sie jeweils 25 Themen-Karten erwerben. Eines dieser elf Karten-Sets kostet 2,50 Euro. Die Bezugsquellen finden Sie auf der „Männersache Sucht“-Homepage.

Bei Interesse am Arbeitskreis „Mann und Sucht“, der gerade erst am 5. April zum Thema „Männer Erfindet. Euch. Neu. Was es heute heißt, ein Mann zu sein“ in Münster tagte, wenden Sie sich an Anika Laskiewicz (Tel.: 0251 591-6811).
anika.laskiewicz@lwl.org

Nächster Kurs „Hilfe, mein Kind pubertiert!“ im Mai

Münster/Attendorn ▪ Einen ihrer „Dauerbrenner“ bietet die LWL-Koordinationsstelle Sucht (LWL-KS) das nächste Mal am Dienstag und Mittwoch, 16. und 17. Mai 2017, an. Dann leitet Dorothee Grotenrath den Zertifikatskurs „Hilfe, mein Kind pubertiert!“. Tagungsort ist die Akademie Biggese in Attendorn.

Vermittelt werden ein Mal mehr die Grundlagen des Kurs-Konzeptes, das sich dem Rauschmittelkonsum im Jugendalter und anderen Herausforderungen dieser besonderen Entwicklungsphase widmet. Nach dem Kurs können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die jeweils aus sechs Treffen bestehenden Eltern-Treffen zum Thema durchführen.

Infolinks

Noch sind Anmeldungen möglich. Bei Interesse wenden Sie sich an Elisabeth Rocklage (Tel.: 0251 591-5383).
elisabeth.rocklage@lwl.org

Über das Kurs-Konzept informieren wir Sie gesondert in unserem Internet-Angebot.
<https://goo.gl/PySL1z>

„Click for Support – REALized“ in Belgien gestartet

Münster/Bilzen ▪ Das Kick-Off-Meeting für das EU-Projekt „Click for Support – REALized“ fand am 14. und 15. Februar im belgischen Bilzen statt. Daran nahmen Vertreterinnen und Vertreter der 13 Projekt-Partner aus Belgien, Zypern, Deutschland, Finnland, Griechenland, Italien, Lettland, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal, der Slowakei und Slowenien teil. Ziel des Nachfolge-Projektes des 2015 erfolgreich abgeschlossenen „Click for Support“ ist die Entwicklung einer europaweiten webbasierten Intervention für Konsumentinnen und Konsumenten von Neuen Psychoaktiven Substanzen (NPS).

Auf der Konferenz in Belgien ging es vorrangig um Möglichkeiten, junge NPS-Konsumierende zur Teilnahme an Fokusgruppen zu motivieren, die den Input für die Entwicklung des Online-Angebotes liefern sollen. Diskutiert wurde außerdem die länderübergreifende Definition von „Neuen Psychoaktiven Substanzen“.

Für die Fokusgruppen ist die Rekrutierungsphase bereits in Gang. Alle Projekt-Partner verbreiten derzeit Online-Umfragen in der jeweiligen Landessprache, um Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu gewinnen und Informationen zum NPS-Konsum zu sammeln. Des Weiteren steht in den nächsten Monaten die Sammlung von Good-Practice-Beispielen auf nationaler Ebene an.

Basierend auf den im Vorgängerprojekt entwickelten Leitlinien wird dann die Intervention technisch und inhaltlich entwickelt.

Infolink

Die englischsprachige Homepage von „Click for Support“ erreichen Sie unter der Adresse
<http://www.clickforSupport.eu>

Haben Sie weitere Fragen? Dann erteilt Ihnen Projekt-Koordinatorin Nadine van Gelder (Tel.: 0251 591-5389) gern Auskunft.
nadine.van-gelder@lwl.org

QuaSiE-Fachbeirat tagte zwei Tage lang in Dresden

Münster/Dresden ▪ Über den aktuellen Stand des Projektes „QuaSiE – Qualifizierte Suchtprävention in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe“ informierte sich der QuaSiE-Fachbeirat am 16. und 17. März in Dresden. Dort besuchte das Gremium zunächst die Einrichtung des Projekt-Partners „Outlaw“, um dann am zweiten Tag der Zusammenkunft die eigentliche Beiratssitzung abzuhalten.

Dem Fachbeirat des Bundesmodellprojektes gehören Vertreterinnen und Vertreter des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des wissenschaftlichen Begleitinstituts FOGS, des Bundesgesundheitsministeriums, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege sowie die Suchtpräventionsexperten Gerd Rakete und Uwe Wicha an. Beim Projekt-Partner „Outlaw“ erfuhr der Beirat, wie das erste Projektjahr dort verlaufen ist und welche Auswirkungen die bisherigen Maßnahmen bereits jetzt zeigen.

Bei der Beiratssitzung berichtete Dr. Kristin Frese, die Suchtbeauftragte der Stadt Dresden, über den „Dresdner Weg“ bei der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Suchthilfe zur Sicherung des Kindeswohls. Den vom Fachbeirat im vorigen Jahr initiierte Fachtag für die Einrichtungen, die nicht für die Teilnahme am Projekt ausgewählt worden waren, war anschließend Thema. Danach ging es darum, wie

QuaSiE so in die Breite getragen werden kann, dass möglichst viele Einrichtungen von den Ergebnissen profitieren können.

Im zweiten Projekt-Jahr stehen nun Coachings in den Einrichtungen zur Implementierung suchtpräventiver Maßnahmen an. Wie bereits bei den vorangegangenen Aktivitäten werden auch diesmal die beteiligten Einrichtungen bei der Planung der nächsten Phase einbezogen, um diese möglichst praxisnah zu gestalten.

Infolinks

Fragen zu QuaSiE beantwortet Ihnen Projekt-Koordinatorin Rebekka Steffens (Tel.: 0251 591-5382).
rebekka.steffens@lwl.org

Beachten Sie auch diesen Artikel im aktuellen LWL-KS-Newsletter:
[Drogenbeauftragte besuchte bayerischen QuaSiE-Standort](#)

Drogenbeauftragte besuchte bayerischen QuaSiE-Standort

Rummelsberg/Münster ▪ Die Bundesdrogenbeauftragte Marlene Mortler hat einen Standort des von der LWL-Koordinationsstelle Sucht (LWL-KS) koordinierten Bundesmodellprojektes „QuaSiE – Qualifizierte Suchtprävention in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe“ besucht. Sie stattete mit dem Jugendhilfezentrum der Rummelsberger Diakonie der einzigen bayerischen Einrichtung eine Stippvisite ab, die sich unter den Projekt-Partnern befindet. Ziel von QuaSiE ist, am Ende des zweijährigen Modellprojekts ein Konzept zum Umgang mit der Suchtthematik in der stationären Jugendhilfe in der Hand zu haben. Anlass von QuaSiE ist, dass Kinder und Jugendliche in der stationären Jugendhilfe stärker suchtgefährdet sind als ihre Altersgenossen generell. Dies hatte eine Befragung im Vorfeld des Projektes ergeben.

Kai-Uwe Fenzel, Projektleiter von QuaSiE bei der Rummelsberger Diakonie, berichtete von den Schulungen für die Mitarbeitenden. „Wenn die Mitarbeiter gut informiert sind, scheuen sie das direkte Gespräch mit den Jugendlichen weniger“, ist der Pädagoge überzeugt. Er betonte, dass es wegen ihrer Vorbildfunktion auf die Haltung der Mitarbeitenden ankomme, wie sie selbst mit ihrem Genuss-, Konsum- und Suchtverhalten umgingen. Zu den Maßnahmen des Projekts gehören neben den Fortbildungen auch Genusserziehung und gemeinschaftliche Aktionen im Rahmen der Erlebnispädagogik. Außerdem setzt die Rummelsberger Diakonie auf eine intensivere Vernetzung mit Einrichtungen wie „mudra – Alternative Jugend- und Drogenhilfe e.V.“ in Nürnberg.

Infolinks

Die LWL-KS berichtet über QuaSiE auf Ihrer Homepage. Dort können Sie sich über den Projekt-Fortgang auch im Projekt-Newsletter informieren.
<https://goo.gl/cMdPLv>

Auskünfte erhalten Sie von Projekt-Koordinatorin Rebekka Steffens (Tel.: 0251 591-5382).
rebekka.steffens@lwl.org

Über das QuaSiE-Projekt berichten wir auch im folgenden Artikel in diesem LWL-KS-Newsletter:
[QuaSiE-Fachbeirat tagte zwei Tage lang in Dresden](#)

Quelle: Mitteilung der Rummelsberger Diakonie, 17. März 2017, <https://goo.gl/QB5hDo>

Teilnehmende zum Abschluss zufrieden mit FreD Crystal/ATS

Münster/Hof ▪ Das Projekt „FreD Crystal/ATS“ ist beendet. Am 1. Juli 2015 war das auf 20 Monate angelegte Projekt zur Erweiterung des FreD-Ansatzes auf Konsumierende von Amphetamin-Typ-Stimulanzien (ATS) gestartet worden. Mitte Dezember trafen sich die Projekt-Beteiligten nun zum Abschluss-Workshop in Hof. 25 FreD-Trainerinnen und -Trainer, die im Projekt geschult worden waren oder an ein FreD-ATS-Update teilnahmen, diskutierten miteinander die Ergebnisse des Projektes.

Rüdiger Hartmann von der Kölner FOGS GmbH, die die Evaluation von FreD Crystal/ATS übernommen hatte, stellte erste Erkenntnisse vor. Die Akzeptanz der Trainerinnen und Trainer für die Ergänzung des bewährten FreD-Ansatzes ist demnach sehr hoch. Die erarbeiteten Maßnahmen wurden als angebracht für die zu erreichende Zielgruppe bewertet.

Über die rechtlichen Rahmenbedingungen von FreD informierte Staatsanwalt Dr. Matthias Volkmer. Er zeigte Möglichkeiten auf, wie FreD ATS bei den Strafverfolgungsbehörden verankert werden könnte. Besondere Bedeutung für die erfolgreiche Implementierung habe Paragraph 31a des Betäubungsmittelgesetzes. Dieser ermöglicht das Absehen von Strafverfolgung unter bestimmten Bedingungen. Es sei sinnvoll, Kooperationen mit der Polizei anzustreben. Die Polizei solle möglichst bereits beim ersten Kontakt mit einem Delinquenten versuchen, diesen zur Teilnahme an einem FreD-ATS-Kurs zu motivieren.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer berichteten hierzu von sehr unterschiedlichen Praktiken der Strafverfolgungsbehörden bei der Zuweisung von ATS-Konsumierenden in FreD-Kurse. Insgesamt betonten alle Anwesenden, wie wichtig der Aufbau von Kooperationsstrukturen für den Erfolg von FreD ATS sei. Rege wurde die Möglichkeit genutzt, Best-Practice-Beispiele auszutauschen. Abschließend äußerten die Teilnehmenden den Wunsch nach einem (regelmäßigen) FreD-Austausch auch über die Grenzen Deutschlands hinaus.

Infolinks

Alle Informationen zu den verschiedenen FreD-Projekten der vergangenen Jahre finden Sie auf:
<http://www.fred-projekt.de>

Für Auskünfte steht Ihnen auch Projekt-Koordinatorin Sandy Doll (Tel.: 0251 591-5384) zur Verfügung.
sandy.doll@lwl.org

Zum FreD Crystal/ATS hat die LWL-Koordinationsstelle Sucht ein neues Factsheet mit den wichtigsten Projekt-Daten erstellt. Darin enthalten sind auch Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation. Das Factsheet erhalten Sie über Projekt-Koordinatorin Sandy Doll.

In der Balintgruppe Beratungssituationen reflektieren

Münster ▪ „Balintgruppen“ sind ein mittlerweile etabliertes Mittel für verschiedene Berufsgruppen, ihr Verhalten und ihre Reaktionen in professionellen Beratungssituationen zu reflektieren. Sie gehen zurück auf den ungarischen Psychoanalytiker Michael Balint. Er betonte, wie wichtig die Beziehung eines Behandelten zu den Behandlerinnen und Behandlern ist, und schlug Methoden vor, wie diese optimiert werden könnten.

Die LWL-Koordinationsstelle Sucht (LWL-KS) bietet interessierten Fachkräften am Mittwoch und Donnerstag, 7. und 8. Juni 2017, mit dem Fortbildungsseminar „Balintgruppe – im Kontext von Doppeldiagnosen und Komorbiditäten“ die Möglichkeit, ihre Kompetenz in schwierigen Beratungssituationen zu reflektieren. Dabei soll es besonders um den Umgang mit der besonders schwierigen Klientel von süchtigen Menschen mit Doppel- oder Mehrfachdiagnosen und Begleiterkrankungen gehen. Ihr Anteil unter den Hilfebedürftigen ist hoch. Zugleich ist es besonders schwer, zu ihnen eine fördernde Beziehung aufzubauen.

Im Seminar geht es neben theoretischen Einsichten auch darum, Strategien zu erarbeiten, die Änderungsmotivation der Klientinnen und Klienten gefördert werden kann.

Infolinks

Ausführliche Informationen zur Fortbildung finden Sie auf unserer Internetseite:
<https://goo.gl/tfCF2A>

Anmeldeschluss für das Fortbildungsseminar ist der 28. April. Bei Teilnahme-Interesse melden Sie sich bitte bei Elisabeth Rocklage (Tel.: 0251 591- 5383).
elisabeth.rocklage@lwl.org

Inhaltliche Fragen zum Seminar beantwortet Ihnen Barbara Harbecke (Tel.: 0251 591-5508).
barbara.harbecke@lwl.org

Doris Sarrazin verlässt nach 16 Jahren DG-Sucht-Vorstand

Münster/Heidelberg ▪ Das 16. Wissenschaftliche Gespräch der Deutschen Gesellschaft für Suchtforschung und Suchttherapie (DG Sucht) Ende Februar in Heidelberg markierte zugleich das Ende der Vorstandstätigkeit von Doris Sarrazin in dem Verband. Die Leiterin der LWL-Koordinationsstelle Sucht schied nach 16-jähriger Tätigkeit aus dem DG-Sucht-Leitungsgremium aus. Ihre Nachfolgerin wurde Ulrike Dickenhorst, Therapeutische Leiterin der Gütersloher Bernhard-Salzman-Klinik, LWL-Rehabilitationszentrum Ostwestfalen.

Doris Sarrazin vertrat im DG-Sucht-Vorstand den Bereich Soziale Arbeit. Im Vorstand vertreten sind des Weiteren die Fachbereiche Jura, Medizin und Psychologie. Während ihres langen Engagements wurden einige Meilensteine erreicht. Unter anderem organisierte die Münsteranerin ein Wissenschaftliches Gespräch zum Thema „Sozialwissenschaftliche Erkenntnisse zum Substanzkonsum junger Menschen“.

Fachkräfte der Sozialen Arbeit sind die größte akademisch ausgebildete Berufsgruppe in der Suchthilfe. Zum Abschied wünschte sich Doris Sarrazin, dass sich diese große Mehrheit stärker als bisher in die verbandliche Arbeit einbringen möge, um ihre eigenen Interessen zu vertreten.

Infolinks

Im März hat die DG Sucht das „Lübecker Memorandum zur Zukunft der Suchtkrankenversorgung“ veröffentlicht. Es fasst die Ergebnisse des ersten Teils einer Zukunftswerkstatt zusammen, in die sich auch Doris Sarrazin eingebracht hat. Lesen Sie dazu den folgenden Artikel im aktuellen LWL-KS-Newsletter:
[Lübecker Memorandum formuliert Suchthilfe-Vision](#)

LWL-Dezernent warnt vor Risiken des neuen Maßregelrechts

Lippstadt ▪ Das neue Maßregelrecht birgt Risiken, meint Tilmann Hollweg, Maßregelvollzugsdezernent des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe (LWL). Es führe bisweilen dazu, dass Untergebrachte entlassen werden müssten, obwohl die Kliniken in ihren Stellungnahmen Bedenken wegen einer möglichen Rückfallgefährdung geäußert haben. Vor 500 Gästen der Jahrestagung des LWL-Zentrums für Forensische Psychiatrie Lippstadt-Eickelborn am 1. März berichtete Hollweg von allein 13 solcher Fälle in Lippstadt Eickelborn.

Grundsätzlich begrüßte der LWL-Dezernent aber die Absicht des Gesetzes, die bis dato oft überlangen Unterbringungsdauern von Forensik-Patientinnen und -Patienten entgegenzuwirken. Die praktische Umsetzung des Gesetzes weise aber noch viele Mängel auf. Hinzu komme ein sich immer weiter verschärfender Fachpersonalmangel in den Pflegeberufen und auch in der Forensischen Psychiatrie.

Quelle: LWL-aktuell, 2. März 2017, <https://goo.gl/fuBsIf>

Spielsüchtige können nicht selbst um Hausverbot bitten

Bielefeld/Paderborn ▪ Spielsüchtige bitten darum, in Spielotheken eines bestimmten Unternehmens zum Selbstschutz Hausverbot erteilt zu bekommen. Das Unternehmen lehnt das Ansinnen mit Verweis auf in Nordrhein-Westfalen fehlende gesetzliche Grundlagen ab. Auch sei es unter anderem aus Datenschutzgründen nicht möglich, die Daten der Betroffenen an jede einzelne Spielothek weiterzugeben. Im Namen der Betroffenen klagte nun der Fachverband Glücksspielsucht gegen die Haltung des Unternehmens – und verlor kürzlich vor dem Landgericht Bielefeld. Das Gericht stützte im Wesentlichen die Auffassung des Glücksspielunternehmens.

Ilona Füchtenschnieder vom Fachverband Glücksspielsucht räumte ein, dass man mit der Niederlage habe rechnen müssen. Dadurch sei aber deutlich geworden, dass es weiteren gesetzlichen Handlungsbedarf gebe. Paragraph 6 des Glücksspielstaatsvertrages verpflichte die Veranstalter einer Suchtentwicklung der Spielerinnen und Spieler durch wirksame Maßnahmen vorzubeugen. Wenn es nicht möglich sei, dass Spielende selbst um eine Sperre bitten könnten, müsse hier gesetzlich nachjustiert werden.

Infolink

Über seine Arbeit informiert der in Bielefeld ansässige Fachverband Glücksspielsucht auf der Homepage <http://www.gluecksspielsucht.de/>

Quelle: [spiegel.de](http://www.spiegel.de), 30. März 2017, <https://goo.gl/XJevCk>

Opiatabhängigkeit bleibt Beratungsschwerpunkt in Herford

Herford ▪ Dass Cannabis einerseits eine immer weiter verbreitete Partydroge ist, andererseits aber durchaus ein gefährlicher Suchtstoff sein kann, erfahren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachstelle Sucht der Diakonie Herford täglich. Von 626 Beratungen, die im vorigen Jahr stattfanden, drehten sich 26,7 Prozent um problematischen Cannabis-Konsum. Das geht aus der Jahresbilanz der Einrichtung hervor, die Mitte Februar der Öffentlichkeit präsentiert wurde.

Schwerpunktmäßig muss sich das sechsköpfige Team aber weiterhin um Opiatabhängige kümmern. 54 Prozent aller Hilfesuchenden kamen voriges Jahr deswegen. Die meisten waren zwischen 30 und 50 Jahre alt – und damit älter als die Cannabis-Klientel. Die Beratungen hierzu sind allerdings rückläufig.

Wie andere Suchtfachstellen setzt auch die Herforder Einrichtung auf Suchtprävention. Je früher Suchtprävention einsetze, umso größer seien ihre Erfolgschancen, meint Dipl.-Sozialpädagoge Uwe Holdmann. Die Herforder Fachstelle Sucht suche bereits Kindergärten auf, allerdings eher zur Vermittlung von Lebenskompetenzen wie Entspannung, Umgang mit negativen Gefühlen und Mitbestimmung. Ab der siebten Klasse wende man sich dann mit konkreten suchtpreventiven Inhalten an die Schülerinnen und Schüler.

Quelle: nw.de, 13. Februar 2017, <https://goo.gl/hF8LRM>

Ein Drittel der Beratungen in Greven zu Cannabis

Greven ▪ 500 Beratungen leistete die Caritas-Suchtberatung Emsdetten-Greven im vorigen Jahr. In einem Viertel der Fälle ging es um riskanten oder schädlichen Cannabis-Konsum. Auch wenn Alkohol das akzeptierteste und am meisten Probleme verursachende Suchtmittel bleibe, bereite ihm vor allem Sorge, dass ein Drittel der wegen Cannabis Ratsuchenden jünger als 21 Jahre waren, berichtete André Plagge, Teamleiter Caritas-Drogen- und Suchtberatung. Zwar gebe es im Kreis Steinfurt keine offene Drogenszene, trotzdem sei Cannabis für junge Menschen leichter zu beschaffen als vor zehn Jahren.

Sehr aktiv ist die Caritas-Drogen- und Suchtberatung im Bereich Suchtprävention. Intensiv wird das Gespräch mit Kindern und Jugendlichen in den Schulen gesucht. Aber auch die Eltern werden in den Blick genommen.

Quelle: nw.de, 24. Februar 2017, <https://goo.gl/rYcAsi>

Ein Drittel der Studierenden in Paderborn nimmt Ritalin

Paderborn ▪ Vielfältige Aktivitäten entfaltet das Peer-Projekt „Schlauer statt blauer“ an der Universität Paderborn. Studentinnen und Studenten bringen sich dort in unterschiedlicher Form ein, um ihre Mitstudierenden für suchtpreventive Themen zu sensibilisieren. Unter anderem werden immer wieder kleinere Umfragen unter den Hochschul-Angehörigen durchgeführt. So kam Ende des vorigen Jahres beispielsweise ans Licht, dass ein Drittel von 116 anonym befragten Studierenden Ritalin nehmen. 87 Prozent der Befragten konsumierten regelmäßig Alkohol. Intensiv nutzen fast alle Studierende das Smartphone.

Infolink

Weitere Informationen zum Paderborner „Schlau statt blau“-Peer-Projekt finden Sie im Internet-Angebot der Uni Paderborn: <https://goo.gl/XMFTWw>

Quelle: nw.de, 14. Dezember 2017, <https://goo.gl/CM94Cd>

Unternehmen will sich um Medizinalhanf-Anbau bewerben

Dortmund ▪ Das im Januar vom Bundestag beschlossene Gesetz, Schwerkranken die Kosten einer Cannabis-Therapie durch die Krankenkassen zu erstatten, könnte dazu führen, dass rund um Dortmund demnächst Medizinalhanf angebaut wird. Das ist zumindest das Ziel eines jungen Unternehmens.

Das Unternehmen betreibt bereits in Österreich legale Zierhanf-Plantagen. Nun ist der Plan, sich bei der durch den Bund zu gründende Agentur um eine der Lizenzen für den Import oder auch den Anbau von Medizinalhanf zu bewerben.

Infolink

Über den Bundestagsbeschluss zur medizinischen Cannabis-Nutzung berichteten wir im LWL-KS-Newsletter 1/2017:
[Bundestag gestattet einstimmig „Cannabis als Medizin“](#)

Quelle: ikz-online.de, 30. Januar 2017,
<https://goo.gl/KimOVw>

Bundeskabinett ändert Regeln für Substitutionsbehandlungen

Berlin ▪ Substitutionsmittel sollen künftig auch von Rehabilitationseinrichtungen, Alten- und Pflegeheimen, Hospizen und Gesundheitsämtern an Patientinnen und Patienten abgegeben werden dürfen. Zudem wird es in Einzelfällen möglich werden, dass Substituierte das Methadon oder andere Mittel für den Bedarf von bis zu 30 Tagen mit nach Hause nehmen dürfen. Bislang war dies nur für grundsätzlich sieben Tage gestattet.

Diese und weitere Änderungen der Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung (BtMVV) hat das Bundeskabinett Mitte März beschlossen. Sie müssen nun noch vom Bundesrat gebilligt werden. Ziel der Änderungen ist es, die wohnortnahe Versorgung der Betroffenen zu verbessern und mehr Ärztinnen und Ärzte für die Teilnahme an der Substitutionsbehandlung zu gewinnen.

Mit der Änderung der Verordnung werden verschiedene Regelungen in die Richtlinienkompetenz der Bundesärztekammer übergeben. Das betrifft die Voraussetzungen für Einleitung und Fortführung einer Therapie, die Entscheidung über begleitende psychosoziale Betreuung, den Umgang mit Beikonsum und Verschreibungen zur eigenverantwortlichen Einnahme von Substitutionsmitteln.

Infolink

Einblick in die Arbeit einer Substitutionspraxis bietet das im Februar veröffentlichte YouTube-Video „Substitutionspraxis – Es ist eine enge Bindung“. Darin wird die Arbeit der Hausarztpraxis von Dr. Astrid Weber in Koblenz gezeigt. In ihrer Praxis werden Substituierte mit den Ersatzdrogen versorgt, die ihnen ein normaleres alltägliches Leben ermöglichen sollen.

<https://goo.gl/pWGKNC>

Quelle: Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums und der Bundesdrogenbeauftragten, 15. März 2017, <https://goo.gl/LeKS6j>

THC-Grenzwert in Nordrhein-Westfalen bleibt unverändert

Münster ▪ Das Oberverwaltungsgericht Münster hat den in Nordrhein-Westfalen gültigen Grenzwert von 1 Nanogramm THC pro Milliliter Blutserum bestätigt. Dieser Wert gilt als Anhaltspunkt für eine Fahruntüchtigkeit. Das Gericht hatte die Klage von drei Autofahrern zu entscheiden, die in Essen und Bochum mit Werten von 1,1 bis 1,9 Nanogramm des Cannabis-Wirkstoffs erwischt worden waren.

Die Betroffenen hatten gegen ihren Führerschein mit Verweis auf die Empfehlung einer durch die Bundesregierung eingesetzten „Grenzwertkommission“ geklagt. Diese hatte einen Wert von 3,0 Nanogramm empfohlen. Ein ähnliches Urteil wie das aus Münster gibt es auch schon vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Auch dies folgte den Argumenten der Grenzwertkommission nicht.

Quelle: spiegel.de, 16. März 2017, <https://goo.gl/K2YkW8>

Alkoholsucht in Sachsen immer öfter Problem von Senioren

Dresden ▪ 27000 Menschen suchten im vorigen Jahren die Suchtberatungs- und -behandlungseinrichtungen im Freistaat Sachsen auf. Bei den Sucht-Diagnosen in Krankenhäusern dominierte Alkohol klar mit 77 Prozent. In den Beratungseinrichtungen wurden 47 Prozent der Gespräche wegen Problemen mit Alkohol geführt. Auffallend ist laut Sächsischer Landesstelle gegen die Suchtgefahren (SLS), die die Zahlen in ihrem Suchtbericht 2016 veröffentlichte, dass Alkoholsucht immer häufiger ein Phänomen älterer Menschen über 65 Jahre sei.

Des Weiteren spielte Crystal Meth in Sachsen weiterhin eine große Rolle bei den Suchtproblemen. Nach wie vor ist es die Nummer 1 unter den illegalen Drogen. Seit zwei Jahren stellen die sächsischen Suchthelfer allerdings keinen Anstieg des Konsums mehr fest. Stark stieg hingegen der Cannabis-Konsum an – um 16 Prozent gegenüber 2015.

Insgesamt vermittelten die sächsischen Suchtberatungsstellen 3100 Menschen in eine Therapie. 1300 Mal wurden nachsorgende Leistungen eingeleitet.

Infolink

Den SLS-Suchtbericht 2016 sowie eine zusammenfassende Pressemeldung finden Sie zum Herunterladen auf der SLS-Homepage:
<http://www.slsev.de/>

Deutliche mehr Drogentote in Hamburg

Hamburg ▪ In Hamburg ist die Zahl der Drogentoten so hoch wie seit 15 Jahren nicht mehr. 75 Menschen – 56 Männer und 19 Frauen – starben im Jahr 2016 an ihrem Drogenkonsum. 2015 waren es noch 59. Der bisherige Höchststand war im Jahr 2000. Damals starben 103 Menschen in der Hansestadt an Drogenmissbrauch.

Als Grund für die deutliche Steigerung nannten die Gesundheitsbehörden durchaus normale Schwankungsbreiten sowie eine bessere Schulung von Polizistinnen und Polizisten. Mittlerweile würden Todesfälle in die Drogenopfer-Statistik aufgenommen, die früher nicht als solche erkannt worden wären.

Quelle: welt.de, 11. Februar 2017, <https://goo.gl/O8MER3>

Drogenbeauftragte will Tabak-Außenwerbung verbieten

Berlin ▪ Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung möchte Außenwerbung für Tabakprodukte noch in dieser Legislaturperiode verbieten. Damit würden nach dem Willen von Marlene Mortler, großflächliche Zigaretten-Werbeplakate im Außenbereich der Vergangenheit angehören. Auch die Tabakwerbung in Kinos will Mortler stark einschränken. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf gibt es bereits seit dem vergangenen Frühjahr. Darüber entschieden hat das Bundeskabinett aber noch nicht.

Die Tabakindustrie hat nach Medien-Angaben derweil den Werbe-Etat für Außen- und Kinowerbung von 2014 auf 2015 von 196 Millionen Euro auf 228 Millionen Euro gesteigert.

Quelle: spiegel.de, 14. Februar 2017, <https://goo.gl/Vi74qr>

MiMi-Gewaltpräventionsprojekt auch in Gütersloh

Hannover ▪ „Von Migrantinnen und für Migrantinnen“, kurz „MiMi“, ist ein Projekt, das das Ethno-Medizinische Zentrum Hannover ins Leben gerufen hat. Im Rahmen des Projekts wurden vor allem mehrsprachige Gesundheitsinformationen von Migrierenden für die Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten erstellt. Das Gesundheitsprojekt wurde an insgesamt 57 Standorten in Deutschland durchgeführt. In Nordrhein-Westfalen waren 15 Kommunen am MiMi-Projekt beteiligt, darunter Münster und Bielefeld. Im Jahr 2015 erschien mit Förderung des Bundesgesundheitsministeriums ein Ratgeber für die Gesundheit von Flüchtlingen.

Jüngst startete ein MiMi-Projekt zur Gewaltprävention für geflüchtete Frauen und Mädchen. Es wird in zehn Bundesländern durchgeführt. In Nordrhein-Westfalen beteiligt sich Gütersloh. Auch dazu erschien ein mehrsprachiger Ratgeber.

Infolinks

Über das Gewaltpräventionsprojekt für geflüchtete Frauen und Mädchen berichtet dieser der Bundesregierung:
<https://goo.gl/hmMbLs>

Den Ratgeber Gesundheit für Asylsuchende in Deutschland finden Sie auf einer eigenen Internetseite zum Herunterladen:
<https://goo.gl/vtkZ6C>

Ausführliche Informationen zum MiMi-Projekt gibt es auch im Internet-Auftritt des Ethnomedizinischen Zentrums:
<https://goo.gl/ixZRER>

Sozialarbeit hat Einfluss auf Rückgang von HIV/AIDS

Aachen ▪ Es ist auch der Beitrag der Sozialarbeit, dass die Zahl der HIV-Neuinfektionen zurückgeht. Darauf verweisen die International Association of Schools of Social Work (IASSW) sowie das AIDS-Hilfswerk der Vereinten Nationen, UNAIDS, in der gemeinsamen Publikation „Getting to Zero. Global Social Work responds to HIV“. Auf die Veröffentlichung verwies Mit-Autor Daniel Deimel von der Katholischen Hochschule NRW, Abteilung Aachen, und dem Deutschen Institut für Sucht- und Präventionsforschung (DISuP) aus Anlass des Welt-Sozialarbeit-Tags 2017 am 21. März.

HIV/AIDS ist nicht nur ein medizinisches Problem. Um das Ziel von UNAIDS, bis 2030 die AIDS-Epidemie zu beenden, zu erreichen, müssen psychosoziale, politische und ökonomische Faktoren in den Blick genommen werden. An vielen dieser Stellen kommen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter ins Spiel. Prof. Dr. Daniel Deimel berichtet beispielsweise mit Prof. Dr. Heino Stöver und Susann Hößelbarth in „Getting to Zero“ darüber, welchen praktischen Einfluss Soziale Arbeit in Deutschland auf die verbesserte Versorgung von Drogenabhängigen habe. Unter anderem wird für eine Struktur zur flächendeckenden Versorgung mit sauberen Spritzen gesorgt. Auch die psychosoziale Betreuung der Opiatabhängigen stabilisiere die Situation der Suchtkranken.

Infolink

Die englischsprachige Publikation „Getting to Zero“ können Sie sich hier herunterladen:
<https://goo.gl/4z8NjC>

Quelle: Pressemitteilung der Katholischen Hochschule NRW, 21. März 2017, <https://goo.gl/PtYBaP>

Essener Projekt „fair play“ jetzt auch „vernetzt“

Essen ▪ In Essen wird das Glücksspielberatungsangebot nun auf Online-Glücksspiel erweitert. Das strebt das Projekt „fair play/vernetzt“ an, das die Schuldnerhilfe Essen und die Suchthilfe Essen gemeinsam mit der Förderung verschiedener Stiftungen durchführen. Das Projekt richtet sich an meist jugendliche Spielerinnen und Spieler, die Probleme mit dem Glücksspiel im Internet haben. Angeboten werden Online-Chats und Beratungsgespräche in den beiden Beratungsstellen der Projekt-Partner. Hinzu kommen Präventionsveranstaltungen.

Bereits seit 2014 kooperieren die Schuldnerhilfe und die Suchthilfe Essen im Projekt „fair play“ zur Glücksspielsucht. Seitdem wurden 360 Menschen beraten. Bislang ging es hauptsächlich um pathologisches Glücksspiel an Automaten. Im Essener Stadtgebiet gibt es zirka 2000 Glücksspielautomaten. Daran werden nach Schätzungen jährlich 51 Millionen Euro verspielt.

Quelle: Mitteilung der Schuldnerhilfe Essen, 12. Januar 2017, <https://goo.gl/5WfhsL>

Erklärvideo warnt Geflüchtete vor Gefahren des Alkohols

Frankfurt/Main ▪ An geflüchtete Menschen richtet sich ein Erklärvideo, das die Hessische Landesstelle für Suchtfragen (HLS) erstellt hat. „Warum kann Alkohol für mich gefährlich werden?“ lautet der deutsche Titel des Filmes, der in Deutsch, Englisch, Arabisch, Dari und Tigrinya zur Verfügung steht.

Darin erfahren die Zuschauer, welche Wirkungen Alkohol haben kann. Der Hintergrund ist, dass einige Geflüchtete wenig Erfahrung im Umgang mit Alkohol haben. Insofern können sie die Wirkung des Rauschmittels nur schwer einschätzen. Gefahren sieht die HLS vor allem dann, wenn Alkohol von traumatisierten Menschen als Beruhigungs- und Betäubungsmittel genutzt wird.

Infolink

Die HLS hat alle Videos zum Herunterladen bereitgestellt:
<https://goo.gl/T6VgFU>

Frauen nehmen seltener Suchtbehandlung in Anspruch

Wien ▪ Ein Drittel des weltweiten Suchtmittelkonsum geschieht durch Frauen. Hingegen entfallen nur ein Fünftel aller Suchtbehandlungen auf Frauen. Darauf hat der Internationale Suchtkontrollrat (INCB) in seinem Jahresbericht 2016 hingewiesen. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler, sprach in diesem Zusammenhang von der „stillen Sucht der Frauen“.

Als Gründe dafür, dass Frauen seltener Hilfen bei Drogenmissbrauch in Anspruch nehmen, nannte der INCB soziale, kulturelle und persönliche Barrieren. Zudem würde Frauen deutlich häufiger als Männern Suchtstoffe und Beruhigungsmittel ärztlich verschrieben. In vielen Ländern stelle man eine besorgniserregende Zunahme von Überdosierungen bei Frauen fest.

Infolink

Sie finden alle Jahresberichte des INCB in verschiedenen Sprachen auf dieser Seite:
<https://goo.gl/ICfnQ2>

Quelle: spiegel.de, 2. März 2017, <https://goo.gl/bz42HS>

Suchtmittel-Konsum in Österreich geht zurück

Wien ▪ In Österreich gehen die Suchtmittel-Nutzungszahlen zurück. Das geht aus einem Bericht des Anton-Proksch-Instituts hervor, dass externe Daten aus dem Jahr 2015 ausgewertet hat. 14 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher konsumieren in problematischer Art und Weise Alkohol. Damit sank die Quote seit 1994 um 4 Prozent. Besonders betrifft der problematische Alkoholkonsum die 50- bis 60-Jährigen.

21 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher rauchen täglich, 11 Prozent gelegentlich. Besonders bei Jugendlichen wird ein Rückgang des Nikotin-Konsums verzeichnet. Zwischen 2003 und 2015 sank die Quote derer, die innerhalb des vorangegangenen Monats mindestens ein Mal geraucht hatten, von 49 auf 29 Prozent.

Leichte Rückgänge wurden auch für den Opiat-Konsum ermittelt. Eine geringfügige Steigerung gab es hingegen beim Cannabis. 2004 gaben 30 Prozent aller Befragten an, mindestens ein Mal im Leben gekifft zu haben. 2015 waren es 33 Prozent.

Quelle: derstandard.at, 25. Januar 2017,
<https://goo.gl/SB2aoz>

Männer holen beim Medikamentengebrauch auf

München/Düsseldorf ▪ Beim Medikamenten-Konsum haben Männer die Frauen eingeholt. Das geht aus dem aktuellen Epidemiologischen Suchtsurvey (ESA) mit den NRW-Zahlen für 2015 hervor, den das Münchener Institut für Therapieforschung (IFT) veröffentlicht hat. Demnach konsumieren 9,4 Prozent der Männer binnen zwölf Monaten mindestens ein Mal Schlaf- oder Beruhigungsmittel. Bei Frauen liegt die Quote bei 9,1 Prozent. Bei Medikamenten generell kommen Männer auf einen klinisch relevanten Wert von 10,6 Prozent, Frauen auf 9,0.

Diese Zahlen stellte Dr. Daniela Piontek vom IFT bei einer Sitzung des Fachbeirats Sucht vor. Der Beirat wurde vom NRW-Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter eingerichtet.

Das IFT fand darüber hinaus heraus, dass Männer und Frauen in ähnlichem Ausmaß neue psychoaktive Substanzen konsumieren. Hier liegt die 12-Monats-Prävalenz bei Männern bei 1,3 und bei Frauen bei 1,2 Prozent.

Infolink

Alle Daten des ESA-Suchtsurveys mit Berichten aus den beteiligten Ländern finden Sie auf der eigenen Internet-Präsenz:
<http://www.esa-survey.de/>

Sucht Schweiz beklagt Stagnation auf hohem Niveau

Lausanne ▪ In der Schweiz stagniere die „suchtmittelbedingte Problemlast auf hohem Niveau“, beklagt die Stiftung Sucht Schweiz in ihrem jüngst veröffentlichten „Schweizer Suchtpanorama 2017“. Besonders kritisiert die Einrichtung, dass die eidgenössische Politik zu wenig gegen die legalen Drogen Alkohol und Tabak unternehme.

Ein Fünftel der Schweizer Bevölkerung über 15 Jahre trinke zu oft oder zu viel Alkohol. Insgesamt sind 85,2 Prozent der 8,3 Millionen Schweizerinnen und Schweizer über 15 Jahre alt. 25 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer über 15 Jahre rauchten. Ein Drittel sei mindestens eine Stunde pro Woche Passivrauch ausgesetzt. 75.000 Menschen wiesen ein problematisches Glücksspielverhalten auf. Bei den jüngsten Änderungen von Gesetzen zum Umgang mit Alkohol, Tabak und Glücksspiel habe die Politik angesichts der Größe der Probleme zu wenig regulierend in diese Märkte eingegriffen.

Laut Suchtpanorama nehmen 2,3 Prozent der Schweizer Bevölkerung binnen eines Jahres täglich oder fast täglich Schlaf- und Beruhigungsmittel. 210.000 Schweizerinnen und Schweizer kiffen. 370.000 nutzen das Internet in problematischer Art und Weise.

Infolink

Das Schweizer Suchtpanorama 2017 können Sie sich von der folgenden Internetseite herunterladen:

<https://goo.gl/V9VO1u>

Die Schweizer Bevölkerungsstatistik finden Sie beim eidgenössischen Bundesamt für Statistik.

<https://goo.gl/Odu8CX>

Eine internationale Vergleichstabelle zum Bevölkerungsanteil unter 15 Jahre hat das deutsche Statistische Bundesamt zusammengestellt:

<https://goo.gl/v70mxv>

Mediensuchtkonferenz fragt nach den Schnittstellen

Bonn ▪ Die Mediensuchtkonferenz des diakonischen Gesamtverbands für Suchthilfe zieht mit ihrer sechsten Auflage nach Bonn. Am 3. Mai 2017 sind interessierte Fachkräfte ins LVR-Landesmuseum Bonn eingeladen. Titel der Konferenz: „Medien überall ... wie schaffe ich es, gesund zu bleiben? Schnittstellenorientierte Mediensuchtprävention“.

Ziel der Tagung soll es sein, zu klären, an welchen Stellen Mediensuchtprävention sinnvoll eingesetzt werden sollte und wo sie darüber hinaus benötigt wird. Mediensucht ist in den vergangenen Jahren immer stärker in den Blickpunkt der Fachwelt geraten. Hinter dem Sammelbegriff verbergen sich diverse Phänomene, die teilweise die Ausprägung einer manifesten Suchterkrankung haben. Beteiligt sind jeweils ganz unterschiedliche Hilfesysteme. Zudem richtet sich die Arbeit an sehr diverse Zielgruppen.

Infolink

Der GVS hat alle Informationen zur Mediensuchtkonferenz auf der folgenden Internetseite zusammengestellt:
<http://www.sucht.org/mediensuchtkonferenz>

Multiplikatorenkonferenzen zur Kommunalen Suchtprävention

Stuttgart/Hamburg ▪ Die gesetzlichen Krankenkassen möchten die Kooperation mit den Kommunen bei der Kommunalen Suchtprävention verstärken. Vor diesem Hintergrund organisiert die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) im Auftrag der Krankenkassen zwei Multiplikatorenkonferenzen zur Kommunalen Suchtprävention. Am 30. Mai 2017 wird eine solche Veranstaltung in Stuttgart ausgerichtet, am 7. Juni in Hamburg. Ziel der Konferenzen soll es sein, Impulse für die weitere Vernetzung der Krankenkassen mit den Kommunen zu geben. Eingeladen werden Verantwortliche aus den Kommunen, Vertreterinnen und Vertreter der Krankenkassen sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aller Art.

Infolink

Wenn Sie Fragen zu den Konferenzen haben oder an einer Teilnahme interessiert sind, melden Sie sich per E-Mail bei:
multiplikatorenkonferenz@bzga.de

Deutscher Suchtkongress 2017 findet in Lübeck statt

Lübeck ▪ Die Universität Lübeck wird Tagungsort des nächsten Deutschen Suchtkongresses vom 18. bis 20. September 2017 sein. Wie seit 2008 laden dazu auch diesmal wieder die Deutsche Gesellschaft für Suchtpsychologie (dg sps) gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Suchtforschung und Suchttherapie (DG-Sucht) ein. Das konkrete Tagungsprogramm wird noch erarbeitet. Derzeit läuft die Einreichungsfrist für Fachbeiträge.

Infolink

Auf der Kongress-Internetseite finden Sie den Link, unter dem Sie einen Fachbeitrag vorschlagen können.
<https://www.suchtkongress2017.de/>

Lübecker Memorandum formuliert Suchthilfe-Vision

Lübeck ▪ Das Suchthilfesystem in Deutschland leistet hervorragende Arbeit. Trotzdem erreicht es viele Hilfebedürftige nur schlecht, weil diese nicht von sich aus die entsprechenden Angebote aufsuchen. Nach einer Vision für ein optimal aufgestelltes Hilfesystem suchte im Januar 2016 eine Gruppe hochkarätiger Expertinnen und Experten bei einer Zukunftswerkstatt, zu der die Deutsche Gesellschaft für Suchtforschung und Suchttherapie (DG Sucht) und die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universität zu Lübeck mit Förderung des Bundesministeriums für Gesundheit eingeladen hatten. Die Ergebnisse der Veranstaltung wurden nun durch die DG Sucht im „Lübecker Memorandum zur Zukunft der Suchtkrankenversorgung“ veröffentlicht.

Wie es sich für eine Zukunftswerkstatt gehört, formulierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Zielvorstellung für ein optimales, zukünftiges Suchthilfesystem. Diese gliedert sich in vier Bereiche: „Nahtlose und zugeschnittene Hilfen“, „Frühzeitige, umfassende und wirksame Prävention“, „Vorurteilsfreies Klima und fördernde Grundhaltung“ sowie „Freier Zugang zu einem Spektrum wirksamer Hilfen“.

Damit es nicht nur bei der schönen, aber folgenlosen Vision bleibt, strebt die DG Sucht nun einen fortlaufenden Prozess an, in dem verschiedene Arbeitsgruppen an der Umsetzung der Ziele arbeiten.

Infolinks

Den Download-Link für das Lübecker Memorandum finden Sie im Aktuelles-Bereich auf der DG-Sucht-Homepage:
<http://www.dg-sucht.de/>

An der Zukunftswerkstatt nahm auch LWL-KS-Leiterin Doris Sarrazin teil. Sie schied gerade nach 16-jährigem Engagement aus dem Vorstand der DG Sucht aus. Beachten Sie dazu diesen Artikel im LWL-KS-Newsletter:
[Doris Sarrazin verlässt nach 16 Jahren DG-Sucht-Vorstand](#)

Fachtagung Glücksspielsucht zu Online-Glücksspielen

Essen/Bielefeld ▪ Die nächste Fachtagung des Bielefelder Fachverbands Glücksspielsucht am 18. September 2017 befasst sich in einem Schwerpunkt mit Glücksspiel im Internet. Das geht aus ersten Ankündigungen zum geplanten Vortragsprogramm hervor.

Fachverbands-Vorsitzende Ilona Füchtenschnieder wird beispielsweise der Frage nachgehen, wie mit Verlusten bei Internet-Glücksspielen umzugehen ist. Dr. Bert te Wildt vom LWL-Universitätsklinikum Bochum erläutert die Zunahme von Glücksspielelementen in Computerspielen. Das Smartphone als Risikofaktor für Glücksspielsucht ist wiederum das Thema von Dr. Tobias Heyer von der Universität Bremen.

Infolink

Konkretere Informationen zur Fachtagung Glücksspielsucht veröffentlicht der Fachverband demnächst auf seiner Homepage. Einstweilen finden Sie dort noch die Dokumentation zur Fachtagung des vorigen Jahres.
<http://www.gluecksspielsucht.de>

Quelle: Newsletter fair play/vernetzt, 1/2017

Neue Broschüre für Teilhabe älterer suchtkranker Menschen

Berlin ▪ Das Thema „Sucht und Alter“ wird bisweilen noch stiefmütterlich behandelt. Es betrifft Sucht- und Altenhilfe gleichermaßen. Abhängigkeit von Alkohol, Tabak oder Medikamenten kann für ältere Menschen aber erhebliche Folgen haben. Sie können leichter stürzen, die geistige Gesundheit kann beeinträchtigt werden, Organschäden sind möglich, andere Medikamente wirken gegebenenfalls nicht wie erwartet.

Um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sucht- und der Altenhilfe für das Thema zu sensibilisieren und den Austausch zwischen beiden Systemen anzuregen, haben der diakonische Gesamtverband für Suchthilfe (GVS) und der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP) eine neue Handlungsorientierung veröffentlicht. Die 24-seitige Broschüre „Teilhabe älterer suchtkranker Menschen“ fasst Basisinformationen zu Sucht und Alter zusammen und rückt vor allem den Anspruch älterer Menschen auf Teilhabe in den Blickpunkt.

Diskutiert werden beispielsweise die Dimensionen von Teilhabe. Bisweilen kann dies bedeuten, dass die Unterstützung einer Entzugsbehandlung die Voraussetzung für Teilhabe ist. In anderen Fällen kann es darum gehen, die Betroffenen so zu aktivieren, dass Spaziergänge wieder möglich werden oder der Kontakt zu anderen Menschen gefördert wird. Erläutert werden auch die rechtlichen Grundlagen des Teilhabeanspruchs.

Breiten Raum nehmen Fragen der Früherkennung und Diagnostik sowie des Umgangs von und mit Suchtproblematiken ein. Hingewiesen wird zudem auf das breit gefächerte Hilfesystem und die vielfältigen Qualifizierungsmöglichkeiten.

Infolink

Die Broschüre können Sie sich als PDF-Datei beim GVS herunterladen:
<https://goo.gl/nGxERN>

Informationspapier zu Leistungen der medizinischen Reha

Berlin ▪ Verschiedene Suchtfachverbände haben ein Informationspapier verfasst, das aktuelle Entwicklungen bei den Leistungen der Deutschen Rentenversicherungen für die medizinische Rehabilitation erläutert. Hintergrund des Papiers ist, dass sich durch das neue Vergaberechtsmodernisierungsgesetz und verschiedene Forderungen der Rechnungsprüfungsbehörden Änderungen bei der Zulassung von Reha-Einrichtungen und bei der Durchführung von Leistungen der medizinischen Rehabilitation ergeben könnten.

Das Infoblatt erörtert diese Fragen nun unter anderem für die Zulassung von Einrichtungen, die Belegungssteuerung, das Wunsch- und Wahlrecht, die Auswahl der Reha-Einrichtung, die Qualitätsorientierte Belegung und die Vergütungsentwicklung. An der Erstellung des Dokuments waren die Verbände buss, CaSu, fdr, FVS und GVS beteiligt.

Infolink

Sie können sich das Informationspapier „Aktuelle Entwicklungen in der Medizinischen Reha der DRV – Zulassung und Belegung von Einrichtungen“ Gesamtverband für Suchthilfe als PDF-Dokument herunterladen.
<https://goo.gl/rWNZoB>

Kommunale Sozialplanung Schwerpunkt in Zeitschrift „Archiv“

Berlin ▪ Ausgabe 1/2017 der Zeitschrift „Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit“ widmet sich dem Schwerpunktthema „Kommunale Sozialplanung vor neuen Aufgaben“. Auf 112 Seiten werden verschiedene Aspekte der Sozialplanung beleuchtet. Diese spielt eine wichtige Rolle, damit Kommunen Herausforderungen wie Inklusion, demografische Entwicklung oder die Integration geflüchteter Menschen bewältigen können. Neben grundlegenden theoretischen Erläuterungen gibt es auch Praxisbeispiele aus Stuttgart, dem Landkreis Görlitz und Freiburg.

Infolink

Bestellinformationen für die Zeitschrift finden Sie auf der Homepage des herausgebenden Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.
<https://goo.gl/KJ6EKV>

Jetzt noch Ballons für Aktion „Lass einen los“ bestellen

Mülheim/Ruhr ▪ Sie ist bereits eine Art Tradition zum Welt-Nichtrauchertag am 31. Mai eines jeden Jahres, wird dieses Jahr aber das letzte Mal ausgerichtet: die Luftballon-Aktion „Lass einen los“ als Gemeinschaftsinitiative der NRW-Landesinitiative „Leben ohne Qualm“. An Luftballons sollen Karten befestigt werden, auf denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kurze, knackige Botschaften hinterlassen, welche Vorteile ein Leben als Nichtraucherin oder Nichtraucher hat.

Interessierte Einrichtungen können Ballons und Karten bei LoQ anfordern. Sie entscheiden selbst, ob sie einen „klassischen“ Ballon-Wettbewerb damit durchführen wollen, also den am weitesten geflogenen Ballon prämiieren wollen, oder ob sie beispielsweise den originellsten Spruch unter den zurückgesendeten Karten auszeichnen. LoQ stellt bei Bedarf auch kleine Prämien für Gewinnerinnen und Gewinner zur Verfügung.

Infolinks

Wer sich an der Gemeinschaftsaktion „Lass einen los“ beteiligen möchte, meldet den Bedarf bitte bis zum 19. April 2017 bei Karin Franke von der ginko Stiftung Prävention an.
k.franke@ginko-stiftung.de

Weitere Informationen zu den Aktivitäten zum Weltnichtrauchertag in Nordrhein-Westfalen, darunter auch ein Infoblatt zu der Ballon-Aktion finden Sie im Angebot des NRW-Landesprogramms für Bildung und Gesundheit.
<http://www.bug-nrw.de/startseite/news/weltnichtrauchertag-2017.html>

EMCDDA sucht neue Leitung für „Public Health“

Lissabon ▪ Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) sucht eine neue Leitung für den Arbeitsbereich „Public Health“. Die Stelle soll am Standort Lissabon in Form eines Fünf-Jahres-Vertrags gestaltet werden. Aufgabe ist es, in enger Kooperation mit dem Arbeitsbereich „Sicherheit“ die mit dem Gesundheitswesen verbundenen Aspekte des Drogenkonsums und der Drogensucht zu beobachten und darüber zu berichten.

Infolink

Die englischsprachige Ausschreibung für die genannte Stelle mit den Bewerbungsmodalitäten finden Sie auf der Homepage der EMCDDA. Die Ausschreibungsfrist endet am 28. April 2017.
<https://e-recruitment.emcdda.europa.eu/e-recruitment/jobvacancies>

Impressum

Der LWL-KS-Newsletter wird herausgegeben von:

Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Dezernat 50
LWL-Koordinationsstelle Sucht
Leitung: Doris Sarrazin
Schwelingstr. 11
48145 Münster
Tel.: 0251/591-3267
Fax: 0251 591-5499
E-Mail: kswl@lwl.org
Redaktion: Frank Schulte-Derne (verantwortlich)
Anschrift wie oben
Ulrich Klose
Jörg Körner

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich